



BMF legt Gesetzentwurf vor

Viele Milliarden Steuerverluste durch Steueroasen: Schafft das „Bekämpfungsgesetz“ Abhilfe?

Weitere Themen

Prozess um „Goldfinger“ endet mit Einstellung

Corona-Pandemie: Auswirkungen auf die Psyche im Blick haben



Liebe Kollegin, lieber Kollege,

Corona hat uns auch in der Finanzverwaltung seit einem Jahr fest im Griff. Innerhalb der Kollegenschaft kommt es immer wieder zu Infektionen. Manchmal sind die Krankheitsverläufe leicht, im Einzelfall aber auch durchaus sehr schwer. In dieser Ausgabe des DSTG MAGAZINS lasen wir den Kollegen Wolfgang Knoll aus dem Finanzamt Ludwigsburg nahe Stuttgart zu Wort kommen. Er infizierte sich im Frühjahr 2020 und musste in der Folge sogar beatmet werden. Heute ist er auf dem Weg der Besserung. Er ist – trotz aller widrigen Umstände – dankbar. Erstens, weil er überlebte, was nur bei der Hälfte der beatmeten Intensivpatienten der Fall ist. Und zweitens,

weil er sich sowohl in der Klinik wie auch später in der Reha erstklassig versorgt fühlte. Es ist ein sehr eindrucksvoller Bericht, den uns Kollege Knoll und der Landesverband Baden-Württemberg dankenswerterweise zur Verfügung stellen.

Aufgrund der Lockdown-Maßnahmen sinken aktuell die Infektionszahlen. Dies sollte uns jedoch nicht zu Fehleinschätzungen oder gar zu Übermut veranlassen. Ich stelle immer wieder fest, dass bei vielen die Ansicht vorherrscht, man würde durch die Maßnahmen das Virus ausrotten. Das ist leider nicht der Fall. Das Virus kann eingedämmt, aber nicht besiegt werden. Man kann es in Schach halten, aber nicht zerstören. Es wehrt sich, und es mutiert, um erneut Menschen anzugreifen. Dies machen Viren übrigens schon seit Millionen von Jahren. Wir müssen dieses Phänomen begreifen, um mit Corona wirkungsvoll umzugehen. Und wir dürfen den inzwischen erreichten Erfolg nicht ein weiteres Mal verspielen, wie dies nach dem Lockdown 2020 der Fall war. Ich möchte dazu folgendes Bild verwenden: Auch wenn die Feuerwehr ein Feuer gelöscht hat, kann sie nicht sofort abziehen. Denn Glutnester können weiter schwelen und erneut einen Brand auslösen. An diesem Punkt stehen wir nach meiner Ansicht aktuell bei der Corona-Bekämpfung.

Es gleicht einem Wunder, dass so rasch gleich mehrere wirksame Impfstoffe entwickelt wurden. Das ist von der Geschwindigkeit her einmalig und kaum zu glauben. Betrübtlich ist hingegen, dass der Impfstoff aktuell sehr knapp ist. Das gilt übrigens nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Dies belebt natürlich den Markt der Schuldzuweisungen, und neunmalklugen Besserwisser haben derzeit in den Medien und Talkshows Hochkonjunktur. Ähnlich einem nicht zur Zufriedenheit der Zuschauer verlaufenden Fußballspiel. Während manche Laien inzwischen besser als die Spezialisten wissen, wie man noch mehr Impfstoff produzieren könnte, warnen andere wiederum vor dem Impfen. Ein Kollege schrieb mir sogar, er weigere sich, als „Versuchskaninchen für die Pharmaindustrie“ missbraucht zu werden. Vor Wochen stand die Pharmabranche im hellen Licht des Lobes, nun wird sie teilweise an den Pranger gestellt, weil sie nicht schnell genug liefert.

Ich persönlich bin in Sachen Impfung sehr hoffnungsvoll. Ja, es dauert seine Zeit. Und ja, natürlich könnte es schneller gehen. Aber hüten wir uns davor, das Wunder kleinzureden, dass die Entwicklung der Impfstoffe so schnell gelang. Je mehr Menschen sich dann freiwillig impfen lassen, umso schneller und umso umfassender werden wir alle unsere Normalität wieder zurückbekommen.

In einem gewissen Ausmaß wird es zwar auch weiterhin zu Infektionen kommen, aber wir könnten eine abermalige Pandemie und deren Folgen verhindern. Wir brauchen endlich diese so sehr vermisste Normalität zurück: in den Familien, in den Schulen und Kindergärten, im Freundeskreis, beim Sport, in den Vereinen und nicht zuletzt in unseren Dienststellen und Ausbildungsstätten.

Mit herzlichen kollegialen Grüßen

Ihr
Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender

> DSTG

- ▶ BMF legt Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Steuervermeidung vor: Viele Milliarden Steuerverluste durch Steueroasen 4
- ▶ Prozess um „Goldfinger“ endet mit Einstellung: Herber Rückschlag bei Bekämpfung von Steuersparmodellen 6
- ▶ Kurz notiert 7
- ▶ Belastungen durch Homeschooling, Kontaktverlust und finanzielle Ängste: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Psyche 8
- ▶ Im Interview: Corona – ein persönliches Er- und Überleben 9
- ▶ Nachruf auf Helga Schulz: Gewerkschafterin, Frauenrechtlerin, zugewandter Mensch 10
- ▶ Milanie Kreuzt übergibt Staffelstab an Johanna Mieder: 100-prozentige Zustimmung für die neuen DSTG-Frauen 12
- ▶ Seit Monaten Lücken in der Führung des höchsten Steuergerichts: Heftiges Gerangel um BFH-Präsidentenposten 13
- ▶ Verstärkte Zusammenarbeit mit der DATEV: DSTG positioniert sich in Podcast-Reihe des IT-Dienstleisters 14
- ▶ Nachgefragt bei ... Thomas Wagner 15
- ▶ Tauschcke 16

> dbb

- ▶ nachrichten 17
- ▶ beamte
Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte des Bundes 18
- ▶ arbeitnehmerrechte –
Betriebsverfassungsrecht: Bundesregierung will Betriebsräte stärken 20
- ▶ dbb akademie 22
- ▶ jugend
Pandemiestrategie:
Die Nöte der Jugend erkennen 25
- ▶ europa – Portugal übernimmt Ratspräsidentenschaft: Wie die EU sozialer, digitaler und grüner werden soll 26
- ▶ senioren 29
- ▶ gesundheitspolitik
Pflegerreform 2021 30
- ▶ drei fragen an ...
... Andreas Westerfellhaus,
Pflegebevollmächtigter der
Bundesregierung 32
- ▶ frauen – nachgefragt bei ...
... Patricia Cammarata zum
„Mental Load“ 34
- ▶ dbb gedenkt Helga Schulz 35
- ▶ bürgerbeteiligung
Endlagersuche: Entscheidungsprozess mit Strahlkraft 38
- ▶ gastbeitrag: Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat 42
- ▶ interview: Marian Wendt, Vorsitzender des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages 46



BMF legt Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Steuervermeidung vor Viele Milliarden Steuerverluste durch Steueroasen

Der nachfolgende Beitrag ist hochaktuell. Er stellt zum einen jüngste Berechnungen des Münchener ifo-Instituts zu Steueraufkommensverlusten durch Gewinnverlagerungen deutscher Großunternehmen in Niedrigsteuerrländer vor. Zum anderen geht es um einen vom Bundesfinanzministerium (BMF) initiierten Gesetzentwurf mit Stand 12. Februar 2021. Der Name dieses Gesetzesvorhabens ist lang und anspruchsvoll zugleich: Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr von Steuervermeidung und unfairem Wettbewerb und zur Änderung weiterer Gesetze.

Im Mittelpunkt beider Betrachtungen stehen sogenannte Steueroasen. Diese Bezeichnung ist nicht exakt definiert, sondern sie ist wertend und sehr vielschichtig: Zum einen gehören dazu Länder, die man als „Niedrigsteuerrländer“ klassifiziert und die meist Steuerflucht als Geschäftsmodell betreiben, sozusagen einen sicheren Hafen bieten. Im Englischen spricht man daher folgerichtig von „Tax Haven“. Woanders spricht man von einem „Steuerparadies“, was zum Beispiel ins Italienische mit „Paradiso fiscale“

übersetzt wird. Meist sind es zusätzlich auch noch sogenannte „Offshore-Finanzplätze“, wo Geheimhaltung und Vertraulichkeit den idealen Nährboden für Geldwäsche und Briefkastenfirmen bilden. Seit den „Panama Papers“ im Jahr 2016 steht diese Form von Steuervermeidung im Fokus öffentlicher Kritik.

➤ Gesetzgeber erzielt bisher keinen wirklich nachhaltigen Erfolg

Der deutsche Gesetzgeber hat an dieser weltweiten

und gigantischen Steuervermeidungsmaschinerie bislang nur hier und da etwas herumgedoktert, ohne aber einen wirklich nachhaltigen Erfolg zu erzielen. Auch die OECD und die EU diskutieren seit Jahren über das Phänomen. Aber die Steueroasen sind nach wie vor fruchtbare Gebiete, und sie mehren sich sogar. Fast hilflos klingen Formulierungen auf politischer Ebene wie zum Beispiel „notwendig sei ein international koordiniertes Vorgehen“.

➤ Wie hoch sind die Steuerverluste genau?

Niemand weiß bis heute genau, wie hoch die mit Steuervermeidungsstrategien verbundenen Einnahmeverluste für den deutschen Fiskus sind. Eine Berechnung des Münchener ifo-Instituts versucht nun Licht ins Dunkel zu bringen. Es kommt auf 5,7 Milliarden Euro pro Jahr!

Das ifo-Institut ist renommiert, jedoch bekanntlich keine unabhängige öffentliche Behörde, sondern ein wissenschaftliches, aber wirtschaftsnahes Institut. Als Fachgewerkschaft müssen wir daher einen gewissen Hang zu wohlwollenden Berechnungen ein kalkulieren. Aufschlussreich sind natürlich auch Meinungen externer Kommentatoren zu den vorgelegten Zahlen. So kommen die üblichen Beschwichtiger zu einem Ergebnis in der Art „Schwamm

drüber“: Im Verhältnis zum Gesamtsteueraufkommen (2019) von rund 800 Milliarden Euro lägen die errechneten 5,7 Milliarden Euro ja nur unter einem Prozent, seien im Grunde also marginal. Diejenigen, denen steuerlich monatlich jeder Cent exakt abgezogen wird, müssen sich bei dieser Art von Bagatellisierung verschaukeln vorkommen.

Was ist von der ifo-Studie zu halten?

Was ist also von der Studie zu halten, für die der ifo-Präsident Clemens Fuest persönlich mitzeichnet? Nun, es handelt sich zum Teil um offizielle Angaben aus den Bilanzen, zum Teil um Schätzungen. Die offiziellen Teile basieren auf Angaben von Großunternehmen, die seit 2016 ein länderübergreifendes Country-by-Country-Reporting veröffentlichen müssen. Insofern dürfte natürlich ein gewisser Risikofaktor zu verorten sein, weil es sich um Angaben der Betroffenen selbst handelt.

Für eine seriöse Berechnung ist natürlich auch wichtig, welche Länder man überhaupt als Steueroasen qualifiziert. Hierüber herrscht bekanntlich seit Jahren Streit. Kritisch dürfte auf alle Fälle zu hinterfragen sein, dass das Institut rund 62 Prozent der Gewinne in diesen Zonen auf „realwirtschaftliche Aktivitäten“ zurückführt und lediglich 32 Prozent auf Gewinnverlagerungen zur Vermeidung von Steuern. Sozusagen ganz normale Geschäfte unter ehrbaren Kaufleuten!

Die DSTG rechnet anders

Wir als DSTG schätzen hingegen, dass etwa 90 Prozent des



Gewinns das Ergebnis von Steuervermeidung ist, da es im Grunde keinen vernünftigen betriebswirtschaftlichen Grund gibt, in nennenswertem Umfang in Offshore-Gebiete auszuweichen.

Dies zeigt auch folgende Zahl: Der ausländische Arbeitsplatz eines deutschen Konzerns kommt im Jahr auf einen Gewinn von rund 41.000 Euro, während auf einen Arbeitsplatz in einer europäischen Oase ein Gewinnanteil von rund 130.000 Euro anfällt, im außereuropäischen Raum in Höhe von rund 73.000 Euro. Unterschiede!

Die Steuervermeidung steht aus Sicht der DSTG bei solchen Entscheidungen absolut im Vordergrund. Auch

konnte uns noch kein Unternehmen plausibel erklären, warum es Tochterfirmen über Briefkastenadressen in Büro-Towern führt, wo oft nur ein Klingelschild und ein Briefkasten die geschäftliche Aktivität dokumentieren.

Bundesfinanzminister mit Gesetzentwurf für „Bekämpfungsgesetz“

Es lässt daher erst einmal aufhorchen, wenn der amtierende Bundesfinanzminister Olaf Scholz in den wenigen verbleibenden Monaten der laufenden Legislaturperiode noch mit einem „Bekämpfungsgesetz“ aufwartet. Nicht völlig freiwillig wohlgermerkt, denn das Gesetz dient zu einem guten Teil dazu, EU-Vorgaben umzusetzen.

Wir zitieren aus der Begründung des Entwurfs: „Das Gesetz basiert auf den Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union zur EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke (sogenannte ‚schwarze Liste‘)

sowie den seitdem in diesem Zusammenhang durch die Gruppe Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung) verhandelten und vom Rat gebilligten Maßnahmen.“ Konkret geht es um Beschränkungen beim Abzug von Betriebsausgaben, um Einschränkungen bei der Entlastung von Abzugs-

steuern sowie um eine teilweise Erhöhung des Steuersatzes.

Was aus dem Gesetzentwurf nach den üblichen parlamentarischen Beratungen wird und wie er am Ende aussieht, kann heute noch niemand voraussagen. Ob ein solcher Gesetzentwurf die Wahlkämpfer eher beflügelt oder eher ausbremst, kann nämlich nicht verlässlich beurteilt werden. Das Thema Steuern gilt seit vielen Jahren als „brandgefährlich“ im Wahlkampf und wird daher nach Möglichkeit umschifft. Die Hoffnung jedoch stirbt bekanntlich zuletzt!

DSTG wird den Entwurf des BMF prüfen und eine Stellungnahme vorlegen

Die DSTG wird diesen BMF-Gesetzentwurf prüfen und im Rahmen einer „Verbändeanhörung“ Stellung beziehen. Klar ist aber schon jetzt: Die aktuelle „schwarze Liste“ ist lückenhaft. So liegt die Rolle der Türkei als mögliche Oase völlig im Dunkeln, und auch die USA werden eher mit Samthandschuhen angefasst. Und andere typische Steueroasen tauchen ebenfalls nicht auf.

Und deshalb führt ein Bogen zurück zum Anfang dieses Beitrags: Wenn unklar bleibt, was als „Oase“, als „Paradies“, als „Niedrigsteuerland“ gilt, dann ist auch eine Berechnung über die Steuerausfälle nur mit Vorsicht zu genießen. Im Zweifel sind die Steuerausfälle weit höher als berechnet. Und das Gebot der Steuergerechtigkeit und das Gebot der Besteuerung nach der individuellen Leistungsfähigkeit verbieten ohnehin das nur vordergründige Schielen auf die monetäre Auswirkung der Vermeidungsstrategien auf das Steueraufkommen. ■

Steueroase

© Stockwerk-Fotodesign

Prozess um „Goldfinger“ endet mit Einstellung

Herber Rückschlag bei Bekämpfung von Steuersparmodellen

In das deutsche Steuervokabular schlich sich nach und nach eine Reihe von Begriffen ein, die mit der deutschen Sprache wenig zu tun haben. Wenn es um „country by country reporting“, um „base erosion and profit shifting“ oder um „automatic exchange of information“ geht, dann ist das Ausdruck wachsender internationaler Kooperation in Steuersachen. Daneben gibt es jedoch auch Begriffe wie „Cum-Ex“ oder „Lux-Leaks“, die nur der anschaulichen Plakatierung eines – meist rechtswidrigen – Phänomens dienen sollen. Letztere sind in der Regel nicht selbsterklärend, obwohl kundige Beobachter wissen, was gemeint ist. In diese Gruppe gehört der seit einigen Jahren gängige Ausdruck „Goldfinger“.

Einen groß aufgezogenen „Goldfinger-Prozess“ hat vor Kurzem das Landgericht Augsburg nach rund 15 Monaten Verhandlungsdauer zur Enttäu-schung vieler Beobachter ein-gestellt. Der Vorwurf gegen zwei rechtskundige Steuerbe-rater: schwere Steuerhinterzie-hung. Zuvor hatte die Staats-anwaltschaft zeitweise gegen 100 Beschuldigte ermittelt und den Strafprozess mit großem Aufwand vorangetrieben. Und die zuständige Strafkammer des Landgerichts Augsburg hatte die Anklage zugelassen, sodass die Hauptverhandlung mit Spannung erwartet wurde.

Die Goldfinger-Sache ist ver-worren und muss zum besseren Verständnis erklärt werden. Goldfinger! Auch wenn Film-Freaks bei diesem Wort das Herz höher schlagen dürfte, mit dem James-Bond-Film aus dem Jahr 1965 – übrigens die inter-national bisher am schnellsten Geld einspielende Kinoproduk-tion mit dem kürzlich verstor-benen Sean Connery in der Hauptrolle – hat das hier zu be-sprechende Steuerkonstrukt „Goldfinger“ nichts zu tun. Mit Goldfinger ist ein Steuervermei-dungskonstrukt gemeint, mit dem – ähnlich wie mit dem Bond-Film – ein riesiger Profit geplant war. Gott sei Dank hat bei diesem Modell der Gesetz-geber jedoch weit schneller den Verbotriegel umgelegt, als dies

bei dem skandalösen Steuer-trick „Cum-Ex“ der Fall war. Steuerstrafrechtlich haben die Ermittler allerdings mit dem Augsburger Einstellungsbe-schluss einen empfindlichen Rückschlag hinnehmen müssen.

Um was geht es beim „Goldfin-ger-Modell“ genau? Vermögen-de Teilnehmer an diesem Mo-dell kauften zuerst eine große Menge an Gold an, um es ir-gendwann wieder zu veräu-ßern. Manche betrieben „Gold-finger“ nur inländisch, viele aber auch im Ausland. Inlän-dische Modelle sollten einen Steuerstundungseffekt bewir-ken, bei grenzüberschreiten-den Modellen war ein endgül-tiger Steuerausfall geplant.

In beiden Konstellationen wur-den Personengesellschaften gegründet, deren einziger Zweck die Goldgeschäfte wa-ren. Die Gewinne wurden nach § 4 Abs. 3 Einkommensteuer-gesetz (EStG), also durch Ein-nahmeüberschussrechnung ermittelt. Das Gold wurde – durchaus zutreffend – wie eine Ware als Umlaufvermögen ein-gestuft. Die Goldankäufe – meist kurz vor Jahresultimo in-szeniert – führten zu sofort abzugsfähigen Ausgaben und damit zu enormen Verlusten. Damit wur-de die Steuerschuld massiv gedrückt. Mit Verkäufen

bestand keine Eile, schließlich handelte es sich um das Ge-genteil von verderblicher oder modischer Ware. Mit der Grün-dung gewerblich geprägter Personengesellschaften wurde § 23 EStG umgangen.

Bei ausländischen Personenge-sellschaften ging es zwar nicht um eine direkte Berücksichti-gung von Verlusten, da es an einem deutschen Besteue-rungsrecht fehlte. Der „Gestal-tungshebel“ war in diesen Fäl-len der negative Progressions-vorbehalt nach § 32b EStG. Dessen Anwendung auf das übrige Einkommen führte oft zu einer Steuer „null“. Der spä-tere Verkauf des Edelmetalls unterlag zwar – unstreitig – dem positiven Progressions-vorbehalt. Da die „Gestal-tungsklientel“ aber den Höchststeuersatz erreicht hat-te, war eine weitere Progressi-on nicht mehr möglich, das Ende der tariflichen Fahnen-stange war erreicht. Die Folge: ein trickreicher und vor allem echter Steuerausfall!

Vermögende Privatinvestoren standen daher Schlange. Im Jahr 2013 machte der Gesetz-geber jedoch die Schotten dicht. Für Inlandsfälle wurde dem § 15b EStG ein Absatz 3a hinzugefügt. Und bei Aus-landsfällen wurde in § 32b EStG ein Riegel vorgeschoben. Seither ist Goldfinger steuer-lich passé.

Steuerstrafrechtlich jedoch setzten die Ermittler intensiv nach und erhoben den Vor-wurf vorsätzlicher Steuerver-kürzung. Dies erinnert an die Cum-Ex-Fälle. Aber jetzt die spektakuläre Einstellung des Landgerichts Augsburg nach § 153 Abs. 2 StPO wegen „ge-ringer Schuld“ – mit Zustim-mung der Staatsanwaltschaft. Die Beschuldigten müssen nicht einmal eine Auflage ent-richten. Sollten allerdings neue Beweismittel auftauchen, könnte das Verfahren wieder aufgegriffen werden. Die 15 Monate Verhandlungsdauer haben offenbar nicht ausge-reicht, das Gericht von einer schweren vorsätzlichen Steuer-verkürzung zu überzeugen. Für alle, die treu und brav und ohne Tricks ihre Steuern be-zahlen, ist diese Entscheidung natürlich eine herbe Enttäu-schung. Offen sind noch Ver-fahren gegen weitere Ange-schuldigte. Bei denen dürften jedoch die ersten Sektkorken bereits geknallt haben.

Die DSTG fordert schon seit Längerem eine „Anzeigepflicht für nationale Gestaltungs-mo-delle“ gegenüber dem Fiskus, um dem gestalterischen Trei-ben bereits beim Aufkommen dieser Konstrukte die rote Karte zu zeigen. Bei grenzüber-schreitenden Modellen gibt es diese Pflicht bereits. Bei inlandsbezogenen Modellen zögert der Gesetzgeber auf nicht nachvollziehbare Weise. Warum nur?



© Peggy und Marco Lachmann-Anke / Pixabay

Kurz notiert

■ Bundesgeschäftsführer: 30-jähriges Dienstjubiläum

Sein 30-jähriges Dienstjubiläum begeht am 15. März der Bundesgeschäftsführer der DSTG, Rafael Zender. Der gebürtige Bonner trat 1991 als Juristischer Referent in die DSTG ein und wurde 1999 zum Bundesgeschäftsführer bestellt. Seit der Gründung der DSTG im Jahr 1949 ist Zender erst der zweite Bundesgeschäftsführer der DSTG. Der DSTG-Bundesvorstand, die DSTG-Bundesleitung sowie die DSTG-Bundesgeschäftsstelle gratulieren dem Jubilar sehr herzlich. Im Namen aller dankte der DSTG-Bundsvorsitzende, Thomas Eigenthaler, Rafael Zender für seinen 30-jährigen unermüdlichen Einsatz und brachte im Rahmen einer kleinen Feier seine Hoffnung auf eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit zum Ausdruck. Wie man der Würdigung zu seinem 60. Geburtstag im DSTG MAGAZIN Juli/August 2020 entnehmen kann, steht der Jubilar die Hälfte seines Lebens im Dienst der DSTG.



© Elke Brumm

■ Richtigstellung

Im DSTG MAGAZIN Januar/Februar 2021 führten wir in der Bildlegende auf Seite 6 irrtümlich aus, die Ausbildung von Anwärterinnen und Anwärtern in der Steuerverwaltung Baden-Württemberg fände im Neuen Schloss in Stuttgart statt, dem Amtssitz des Ministeriums für Finanzen. Richtig ist jedoch, dass die Ausbildung durch fachtheoretische Studien an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg sowie an den Bildungszentren in Schwäbisch Gmünd und in Freiburg erfolgt. Die praktische Ausbildung wird in den Finanzämtern vor Ort absolviert. Wir bedauern dieses Versehen und bitten, es zu entschuldigen. Apropos „Ausbildung im Schloss“: In Nordrhein-Westfalen findet ein Teil der theoretischen Ausbildung in einem Schloss statt. In Schloss Nordkirchen (Foto) ist seit vielen Jahren der Hauptsitz der Hochschule für Finanzen (HSF) NRW untergebracht.



© Gemeinde Nordkirchen

Belastungen durch Homeschooling, Kontaktverlust und finanzielle Ängste

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Psyche

Um es gleich klar vorwegzunehmen: Es gibt nach Einschätzung von Fachleuten weder das Krankheitsbild einer „Corona-Depression“ noch einer „Corona-Störung“. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Pandemie, die Lockdowns und andere mit der aktuellen Situation verknüpfte Entscheidungen spurlos an unserem Gemüt vorbei gehen. Ja, es ist vielmehr so, dass die Deutsche Psychotherapeutenvereinigung von einer deutlichen Zunahme an Patienten und Ratsuchenden spricht. Und in unserem Nachbarland Frankreich hat die Regierung jetzt angekündigt, sogar Studenten mit Gutscheinen den Besuch beim Psychologen finanzieren zu wollen.

▣ Sekundäre Folgen fest im Blick haben

Ebenfalls soll eine weitere Aussage klar vorweggenommen werden: Die Politik, die diese Lockdowns zur notwendigen Reduzierung der Infektionszahlen verhängte, trägt nicht die Schuld an der aktuellen Situation. Die politisch Handelnden – aber auch wir alle – sollten jedoch mögliche „sekundäre“ Entwicklungen noch bewusster beobachten als bisher. Und die Parlamente und Regierungen müssen solche sekundären Auswirkungen bei Abwägungen und Entscheidungen fest im Blick haben. Dies gilt umso mehr, als wir einerseits das Ausmaß infizierter Menschen, die Zahl von Intensivpatienten, die Todesfälle, die Kurzarbeiter und Arbeitslosen exakt zählen können. Die psychische Gesundheit beziehungsweise psychische Veränderungen aufgrund der Pandemie sind jedoch andererseits kaum zu erfassen. Und vor allem die Langzeitfolgen sind nicht abzuschätzen. Für die DSTG als Fachgewerkschaft ist es aber eine Verpflichtung, auf diese

Dinge aufmerksam zu machen, ja unser aller Bewusstsein für diese Begleiterscheinungen zu schärfen: weil wir selbst betroffen sind, aber auch unsere Familienangehörigen und die Kolleginnen und Kollegen bei der Arbeit. Der Schutz der Gesundheit ihrer Mitglieder ist ein besonders wichtiger Auftrag für eine Gewerkschaft!

▣ Zwölfmonatige Angst hinterlässt Spuren

Es dürfte unstrittig sein, dass die Anspannungen in der Corona-Krise und vor allem in den Lockdowns das seelische Gleichgewicht massiv belasten. Die Natur hat uns nun einmal nicht für Lockdowns geschaffen und ausgestattet. Wir alle waren mental auf eine solche Situation überhaupt nicht vorbereitet. Die bereits ein Jahr währende Angst vor der eigenen Ansteckung, aber auch von Angehörigen, hinterlässt tiefe Spuren, die sich oft in Gereiztheit oder sogar in häuslicher Gewalt widerspiegeln können. Hinzu kommt häufig die Sorge, wie es wirtschaftlich weitergeht. „Kann ich den Kredit für den Hausbau noch bedienen, wenn irgendwas passiert?“, ist so eine typische Frage, die zu Angstzuständen, zu andauerndem Grübeln und zu Schlafstörungen führen kann.

Auf Familien – und Alleinerziehende trifft es noch härter – lastet zudem die Doppelbelastung aus Homeoffice und Homeschooling, die so manche Zeitgenossen an die Grenzen ihrer mentalen Belastbarkeit führt. Im Übrigen nicht nur bei den deutlich gestressten Eltern. Auch die Kinder und Jugendlichen leiden unter dem Wegfall von Präsenzun-

terricht und außerschulischer Aktivitäten wie des Sports und des Vereinslebens. Hinzu kommt, dass ältere, kranke und sterbende Angehörige möglicherweise nicht mehr besucht werden können. Gerade dies belastet viele.

Verschärfend wirkt aktuell die Jahreszeit. Die kalten, nassen und dunklen Wintermonate führen schon in Normalzeiten bei vielen Menschen zu einer eher düsteren Grundstimmung. Der Lockdown versperrt zudem den „Fluchtweg“ in wärmere, sonnigere Gefilde, da ja auch der Reiseverkehr praktisch zum Erliegen kam.

Vor allem psychisch Anfällige leiden jetzt unter der sozialen Abschottung, die durch Vorschriften und A-H-A-Regeln über Nacht ihr Leben veränderte.

Besonderen Gefährdungen sind auch Menschen mit einer Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit ausgesetzt. Die Abschottung dürfte diese Probleme massiv verschärfen, da ja auch die soziale Beobachtung dieser Krankheiten wegfällt. Hinzu kommt, dass nach Ansicht von Fachleuten bereits bestehende krankhafte Befunde wie Zwangs- und Angststörungen – wie zum Beispiel Putz- und Waschzwang – sich verschlimmern können.

▣ Alarmzeichen nicht ignorieren

Ein Alarmzeichen ist oftmals das auftretende Gefühl, den Alltag nicht mehr stemmen zu können, nicht aufstehen zu wollen, die Haushaltsführung nicht mehr zu schaffen. Dann sollte unbedingt medizinischer Rat eingeholt werden. Wie dieser Beitrag aufzeigt, sind Be-

troffene wahrlich nicht allein. Das Gefühl, aus Scham Hilfe gar nicht zu suchen, wäre sicherlich falsch.

Damit es erst gar nicht so weit kommt, sollten so viele Sozialkontakte in der Distanz weitergepflegt werden wie möglich. Und da gibt es doch einige Mittel: das spontane Telefonat, den Chat über Kurznachrichten oder über Messengerdienste, das Skype-Gespräch, eine Videoschleife zwischen Enkeln und Großeltern, den Austausch über soziale Medien wie Facebook und anderes mehr. Ist die Zeit gekommen, mal wieder einen normalen Brief zu schreiben, auch an jemand, zu dem man schon lange keinen Kontakt mehr hatte? Auch ein Spaziergang an der frischen Luft – abseits von massenhaft bevölkerten Wegen – kann Trübsal wegblasen. Vielleicht sind seit Jahren aufgeschobene Arbeiten im Haus, im Garten oder auf dem Balkon zu erledigen? Oder verträgt vielleicht die Wohnung einen neuen Anstrich, den man schon lange vor sich herschob? Und vielen hilft in Familien gemeinsames Kochen, Backen und Spielen – natürlich mit gemeinsamem Abwaschen und Aufräumen. Und wie viele noch ungelesene Bücher stehen oftmals unberührt in der Wohnung und warten darauf, aufgeschlagen und gelesen zu werden.

Mit diesem Beitrag möchte die DSTG Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, ein Stück weit Mut und Zuversicht machen. Ja, die Situation ist wahrlich nicht einfach. Aber Angst und Verzagtsein dürfen nicht zu unseren ständigen Begleitern werden. Und schon gar nicht dürfen sie uns krank machen. Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, das wir gesund bleiben und glücklich in eine gute Zukunft blicken können! ■



Im Interview

Corona – ein persönliches Er- und Überleben

Einer, der selbst von Corona betroffen war, ist Wolfgang Knoll vom Finanzamt Ludwigsburg. Als überzeugter Gewerkschafter führte er lange den Ortsverband Ludwigsburg. Sein Hobby ist der Skat-Sport. Im Frühjahr 2020 erkrankte er schwer. Im DSTG-Forum, der Mitgliederzeitschrift der DSTG Baden-Württemberg, wurde er vor Kurzem dazu interviewt. Wir drucken das Interview leicht gekürzt mit freundlicher Genehmigung ab.



habe ich den Weg zurück ins Leben aufgenommen. Zusammen mit vielen Schlaganfallpatienten habe ich mich zurückgekämpft. Danach war ich zur ambulanten Reha – später dann berufsbeleitend.

DSTG: Die wichtigste Frage zuerst: Wie geht es dir heute?

Wolfgang Knoll: Ich bin genesen, aber noch nicht gesund. Wegen des sehr schweren Verlaufs habe ich noch Probleme mit Herz, Lunge und Nieren. Die Organe müssen sich einfach erholen. Die Ärzte sagen, ich muss mir bis Mai 2021 Zeit lassen.

Wann hast du dich mit Corona infiziert?

Es war Mitte März 2020 – also ganz am Anfang der Pandemie.

Wie hast du es gemerkt?

Ich dachte an eine normale Grippe. Ich hatte einen ganz tiefen trockenen Husten, fühlte mich total schlapp und geschmeckt hat mir nichts – das heißt jetzt nach neuem Wissen: Ich hatte Geschmacksverlust.

Wusstest du sofort, dass es Corona ist?

An Corona dachte meine Frau Judith – für sie war es Corona.

Was war das für ein Gefühl, als du die Diagnose erhalten hast?

An ein besonderes Gefühl kann ich mich nicht mehr erinnern. Es ging mir sehr schnell ganz furchtbar schlecht, die Sauerstoffversorgung klappte nicht

mehr. Der Notarzt kam. Und da war noch der Gedanke: „Ersticke ich gleich, oder gibt mir doch noch jemand Luft?“

Du hattest einen schweren Verlauf der Krankheit. Schildere doch bitte, wie es dir im Krankenhaus erging!

Die Einlieferung und die Zeit danach liegen im Dunkeln. Ich lag im Koma, wurde künstlich beatmet und immer wieder gewendet. Ich war in Bauchlage und an der Dialyse. Nach 33 Tagen erwachte ich aus dem Koma, mit einer Organfunktion von nur 30 Prozent. Gott sei Dank bei relativ klarem Verstand, denn der Kopf hat immer zwei bis vier Wochen Vorsprung. Koma ist übrigens kein Schlaf, sondern eine Aneinanderreihung von vielen Alpträumen, an die ich mich teilweise noch erinnere. Als ich wieder „wach“ war, fehlten mir Frau und Söhne. Schon morgens habe ich mich dann auf den abendlichen Anruf meiner Frau auf dem Stationstelefon gefreut. Kein Besuch, kein Kontakt. Nur Sauerstoff und sehr viel Pflege. Meine Frau wurde immer über alles informiert. Die ganze Familie fühlte sich „gut aufgehoben“. Alle auf der Intensivstation haben einen tollen Job gemacht. Ich bin so dankbar! Fünf Wochen lang war ich dann zur Reha. Dort

Gab es einen Zeitpunkt, an dem du dachtest, „ich schaff das nicht“?

Das Aufwachen brachte natürlich schon besondere Gedanken mit sich: Du erlebst die völlige Hilflosigkeit. Da gibt es Momente, die dich zweifeln lassen, wie das weitere Leben bewältigt werden soll: im Bett, im Rollstuhl, oder schaffst du es an den Rollator?

Du hast nach der Infektion sicherlich Menschen getroffen. Weißt du, ob du unwissentlich jemanden angesteckt hast?

Nein, das weiß ich nicht. Meine Frau war ohne Symptome und wurde als direkte Kontaktperson nicht getestet, aber sie musste in Quarantäne. Erst im Oktober hat sie auf eigene Kosten einen Test machen lassen mit dem Ergebnis: Antikörper im Blut. Sie war im März 2020 auch Corona-positiv.

Wie siehst du das Krisenmanagement unserer Regierung?

Unser Gesundheitssystem ist schon spitze – unvorstellbar, wenn mich die Krankheit in den USA oder in Großbritannien getroffen hätte. Ich finde, unsere Regierung hat die Situation richtig eingeschätzt, im Herbst nachjustiert und aus Fehlern gelernt. Sie macht einen guten Job.

Was sagst du über die Berichterstattung?

Vielleicht wären Aufnahmen und direkte Berichterstattung von Genesenden mit schweren Verläufen und deren Angehörigen aufschlussreicher für den Normalbürger als ständige Streitgespräche von Experten und Möchtegern-Experten.

Was sagst du Corona-Leugnern?

Sie sollen alle auf einer Corona-Intensivstation vorbeischaun und sich ansehen, wie pflegeintensiv so ein Corona-Patient ist. Ich hatte sieben Bauchlagen; fünf Menschen sind damit beschäftigt, den Patienten mit all seinen lebenswichtigen Schläuchen in dieser Stellung umzulagern. Sie sollen sehen, wie sehr das Pflegepersonal und die Ärztinnen und Ärzte gefordert sind. Das Virus ist da, es ist nicht zu leugnen. Mein Krankheitsverlauf ist kein Einzelfall.

Haben dir Menschen aus der Nachbarschaft, Freunde oder Kollegen geholfen, beispielsweise beim Einkauf?

Solch praktische Hilfe habe ich während der Erkrankung nicht gebraucht – anfangs war meine Frau für mich da, danach war ich im Krankenhaus. Wichtig war für mich, dass meine Frau und meine Söhne an mich geglaubt haben. Während des Wartens auf die abendlichen Telefongespräche mit meiner Frau konnte ich mich in der Reha an Briefen und Nachrichten von Freunden, Nachbarn und Kollegen erfreuen. Das hat mir und meiner ganzen Familie gutgetan. Uns allen hat auch unser Glaube geholfen.

Lieber Wolfgang, vielen Dank für die offenen Worte – und alles Gute!

Nachruf auf Helga Schulz

Gewerkschafterin, Frauenrechtlerin, zugewandter Mensch

Die DSTG trauert um Helga Schulz. Die Hamburgerin verstarb am 7. Januar nach schwerer Krankheit im Alter von 81 Jahren. Eine überaus tatkräftige, engagierte, aber auch humorvolle Kämpferin für Gerechtigkeit schloss für immer die Augen. Sie hinterlässt in der DSTG eine große Lücke.

Die Hanseatin machte 1959 Abitur, was für eine Frau bei den damaligen gesellschaftlichen Vorstellungen noch selten war. Ursprünglich wollte sie Lehrerin werden, aber ein sanfter familiärer Druck lenkte sie in Richtung Hamburger Steuerverwaltung. Eine Entscheidung, die sie nie bereute. Fünf Tage nach Dienstbeginn trat Helga Schulz in den Bund Deutscher Steuerbeamter ein, wie die DSTG damals noch hieß. Frauen spielten 1959 weder im dienstlichen Bereich noch in der Fachgewerkschaft eine herausgehobene Rolle.

Eine Frau wie Helga Schulz wollte sich mit dem damaligen Rollenverständnis nicht abfinden. Sie zog in den Kampf für eine tatsächliche Gleichberechtigung der Geschlechter. Dieses Thema sollte sie zeitlebens nicht mehr loslassen. Es zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Vita. Und das Thema Geschlechtergerechtigkeit verknüpfte sie eng mit dem Thema Steuergerechtigkeit. Sie entwickelte sich zu einer erklärten Gegnerin des seit 1958 geltenden Ehegattensplittings und zu einer Vorkämpferin für eine geschlechtergerechte Familienbesteuerung. Unterstützt wurde

sie dabei von ihrem Ehemann, der – für damalige Verhältnisse die Ausnahme – die Rolle des Hausmannes übernahm, während Helga Schulz berufstätig war und sich ehrenamtlich engagierte.

So gründete sie 1964 in Hamburg eine DSTG-Frauenvertretung, und als 1965 die Bundesfrauenvertretung unserer Fachgewerkschaft überregional aus der Taufe gehoben wurde, warf Helga Schulz den Hut in den Ring und wurde die erste Vorsitzende. Sie blieb es bis 1979. 1976 übernahm sie für sechs Jahre den Vorsitz der dbb bundesfrauenvertretung. Danach rückte sie beim dbb wegen ihrer Arbeitsbelastung ins zweite Glied. Aufgrund dieser Funktionen gehörte sie sowohl dem Bundesvorstand der DSTG wie auch dem Bundesvorstand des dbb an. Alle Gremien prägte sie auf höchst eindrucksvolle Weise, sodass ihr Name bis zum heutigen Tag mit Bewunderung und mit großem Respekt verknüpft ist. Als Kämpferin für Geschlechtergerechtigkeit, als Frauenrechtlerin und als ausgewiesene Steuerexpertin machte sie Tausenden von Frauen Mut, stärkte ihnen in



> Helga Schulz

einer männlich dominierten Arbeitswelt den Rücken, war Mentorin und oft auch ein Kummerkasten in schwierigen Situationen. Für viele jüngere Frauen wurde sie zu einem prägenden Vorbild!

In ihrer Heimat Hamburg wirkte sie seit 1971 im Landesverband der DSTG mit. 1988 wurde sie Vorsitzende der DSTG in der Hansestadt und blieb dies ganze 15 Jahre lang. Und sie war mit Leib und Seele jahrzehntelang Personalrätin. Voller Tatkraft, mit vielen Ideen und mit Schlagfertigkeit und Humor setzte sie viele Meilensteine und kämpfte zusammen mit ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern für Verbesserungen und für Wertschätzung im Hamburger öffentlichen Dienst. Ihr Name hatte Gewicht, zumal sich die Sozialdemokratin auch in vielfältiger Weise in der Hamburger SPD engagierte.

Von 1983 bis 1986 saß sie zudem im NDR-Rundfunkrat.

Neben ihrem vielfältigen ehrenamtlichen Engagement brachte es die Steuerexpertin bis zur Hauptsachgebietsleiterin in einem Hamburger Finanzamt. 2004 ging sie als geschätzte Steueroberamtsrätin in den Ruhestand.

Ihr vermutlich höchstes Ehrenamt dürfte Helga Schulz 1996 erklommen haben: Sie wurde zur Vorsitzenden des Deutschen Frauenrates gewählt, des Dachverbandes von rund 60 bundesweit aktiven Frauenorganisationen und damit der größten frauen- und gleichstellungspolitischen Interessenvertretung in Deutschland. Sie blieb dies bis ins Jahr 2000. In dieser Zeit bereitete sie den Umzug der Organisation von Bonn nach Berlin vor. Ihr Lebenswerk wurde mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes durch den Bundespräsidenten gewürdigt.

Die DSTG ist Helga Schulz zu größtem Dank verpflichtet. Ihr Engagement, aber auch ihr Humor sind bis heute legendär. Die Verstorbene war ohne jeden Zweifel ein Urgestein, ein Motor, eine Stütze, eine Ideengeberin. Aber sie blieb immer auch Mensch, sie war Ehefrau, sie war Mutter eines Sohnes. Helga Schulz hat sich gekümmert. Wer Rat suchte, fand den Weg zu ihr. Dies wird in der DSTG unvergessen bleiben. Das Andenken an sie halten wir in hohen Ehren. Wir verneigen uns vor einer vorbildlichen Gewerkschafterin!

DSTG Seminare 2021 in Königswinter im dbb forum siebengebirge

Mi., 19.05., 14:00 Uhr – Fr., 21.05., 12:15 Uhr:	Seniorenpolitik
So., 13.06., 14:00 Uhr – Di., 15.06., 12:15 Uhr:	Mitgliedergewinnung und -betreuung
Mo., 12.07., 14:00 Uhr – Mi., 14.07., 12:15 Uhr:	Steuerpolitik/Steuerfahndung
So., 05.09., 14:00 Uhr – Di., 07.09., 12:15 Uhr:	Jugendpolitik
So., 26.09., 14:00 Uhr – Di., 28.09., 12:15 Uhr:	KONSENS
So., 17.10., 14:00 Uhr – Di., 19.10., 12:15 Uhr:	Frauenpolitik
So., 21.11., 14:00 Uhr – Di., 23.11., 12:15 Uhr:	Mitgliedergewinnung und -betreuung
So., 12.12., 14:00 Uhr – Di., 14.12., 12:15 Uhr:	Tarifpolitik

Anmeldung

über Ihren Bezirks-
oder Landesverband

Termin-Check

coronabedingte
Terminänderungen
auf DSTG.de

> Unfallschutz für Kinder

Die Gefahren daheim nicht unterschätzen

Wenn Schulen und Kindergärten geschlossen sind, greift oft der gesetzliche Unfallschutz nicht. Eine private Unfallabsicherung für die eigenen Kinder ist daher jetzt wertvoller denn je.

Mit der Entscheidung für eine private Unfallversicherung sichert man sich gegen die finanziellen Folgen von Unfällen ab, die zu Hause oder in der Freizeit passieren. Dass das auch für Kinder und Jugendliche sinnvoll ist, wird einem gerade in diesen Tagen bewusst, da viele die Arbeits- und Schulzeit in den heimischen vier Wänden verbringen.

Eigentlich bietet die gesetzliche Unfallversicherung Schutz, doch die Abgrenzung zu privaten Tätigkeiten ist schwierig. Wer will schon streiten, wie ein „Schulweg“ und die „Schulzeit“ – nur diese sind gesetzlich abgesichert – beim Homeschooling genau definiert sind? Und wer hat schon während der Homeoffice-Tätigkeit ununterbrochen seine Kinder im Blick, die wegen der geschlossenen Kita oder Schule den ganzen Tag zu Hause bleiben müssen? Zudem stellt die gesetzliche Absicherung allenfalls eine Grundversorgung sicher. Deshalb ist die private Absicherung eine so wichtige Ergänzung.

Risiken vermeiden

Unbedingt sollten Eltern in regelmäßigen Abständen überprüfen, ob es in der Wohnung übersehene Gefahrenstellen gibt. Kindersicherheit beginnt bei Dingen, an die man sofort denkt – zum Beispiel Steckdosen und Herdplatten. Doch es gibt auch Stellen, die man als Erwachsener nicht als Gefahren sieht, für Kinder aber problematisch sein können. Darunter fallen zum Beispiel lose Teppiche, spitze Möbelkanten, der Putzmittelschrank in Küche oder Bad und alles, was glitzert, strahlt und leuchtet. Auch technisches Zubehör, wie Handy-Ladekabel, zieht die kindliche Neugier auf sich. Selbst im Kinderzimmer lauern Risiken. Deshalb gilt: Fensterriegel stets sichern, keine Schlüssel innen in der Tür stecken lassen, Spielzeug nicht in hohen Regalen oder Schränken lagern, auf kippelige Stehlampen verzichten und Medikamente nicht herumliegen lassen.

Unfallschutz plus Mitgliedervorteil

Bei der DBV Deutsche Beamtenversicherung, langjähriger Kooperationspartner des dbb vorsorgewerk, können dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen sich selbst und ihre Kinder vor den Folgen eines Unfalls

im privaten Umfeld absichern. Beim Neuabschluss einer Risiko-Unfallversicherung profitieren sie von einer Ersparnis in Höhe von 23 Prozent!*

Neben den finanziellen Leistungen – wie einer Kapitalzahlung und lebenslanger monatlicher Rente bei Invalidität – leistet die DBV-Unfallversicherung für Kinder zusätzlich unter anderem bei Vergiftungen und trägt die Kosten für den Aufenthalt einer Betreuungsperson im Krankenhaus bei Kindern bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres. Das Reha-Management bietet nach Unfällen professionelle Hilfe, um schnellstmöglich in den Alltag zurückzufinden. Dieser Schutz ist nicht teuer – für ein sechsjähriges Kind beginnt beispielsweise die Tarifvariante „Unfall kompakt“ bei monatlich 3,71 Euro.

Sie haben noch Fragen? Die Kundenberater des dbb vorsorgewerk stehen montags bis freitags von 10 Uhr bis 16 Uhr unter der Telefonnummer 030 4081-6444 beratend zur Seite und erstellen gerne ein individuelles Unfallschutz-Angebot. Auf Wunsch wird auch ein Berater vor Ort vermittelt.

* 3 Prozent Beitragsnachlass + 20 Prozent Aktionsrabatt (bis 30. April 2021)

Neues vom dbb vorsorgewerk

Der Kooperationspartner des dbb vorsorgewerk rund ums Banking, die BBBank, wird in diesem Jahr 100! Das Jubiläum wird mit vielen Aktionen für die Kundinnen und Kunden gefeiert. Bis 31. März 2021 gibt es für Beamtenanwärterinnen und -anwärter sowie junge Berufseinsteigerinnen und -einsteiger im öffentlichen Dienst 100 Euro Jubiläumsbonus, wenn sie ein Girokonto bei der BBBank eröffnen! Übrigens zusätzlich zu den 50 Euro Startguthaben, das weiterhin alle dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen erhalten – insgesamt also 150 Euro für neue Kontokunden bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres!

Natürlich sollte die Entscheidung für ein Konto hauptsächlich vom Leistungsumfang abhängen, und da bietet die BBBank einiges an überzeugenden Funktionen – besonders beim sicheren Online-Banking und mobilen Bezahlen. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres fallen zudem keine Kontoführungsgebühren an. Weitere Informationen, die genauen Konditionen und die Möglichkeit, die Kontoeröffnung zu beantragen, finden sich auf der Webseite des dbb vorsorgewerk: www.dbb-vorteilswelt.de/konto.

Bundesfrauenvertretung: Milanie Kreutz übergibt Staffelstab an Johanna Mieder

100-prozentige Zustimmung für die neuen DSTG-Frauen

Nachdem die Sitzungen im Frühjahr und Herbst 2020 dem Lockdown zum Opfer gefallen waren, konnte die DSTG-Bundesfrauenvertretung Ende Januar endlich ihre 101. Sitzung durchführen.

Mit hervorragendem technischen Support wurde eine ganztägige Sitzung im Videoformat durchgeführt. Da es großen Bedarf gab, sich auszutauschen, waren nahezu alle Frauenvertreterinnen vor dem Bildschirm dabei. Auch der DSTG-Bundevorsitzende, Thomas Eigenthaler, sowie die Ehrenvorsitzenden der DSTG-Bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer und Andrea Sauer-Schnieber, waren zugeschaltet.

In einer Schweigeminute wurde der verstorbenen Ehrenvorsitzenden Helga Schulz gedacht (Nachruf auf Seite 10).

Umfassender Bericht des Bundsvorsitzenden

Eigenthaler betonte in seinem Bericht den Stellenwert der Frauenvertretung in der DSTG. Ganz besonders in der Corona-Zeit sei die Frauen- und Familienpolitik wieder in den Vordergrund gerückt, da durch die Care-Arbeit vor allem Frauen deutlicher belastet seien. „Die Gewerkschaften sind hier gefordert, damit Frauen nicht als Verliererinnen aus der Krise hervorgehen“, betonte der Bundsvorsitzende.

Auch die Gewerkschafts- und Personalratsarbeit sei in der Pandemie erschwert. „Wie kann man Mitglieder gewinnen, wenn fast alle im Homeoffice sind? Hier müssen neue Wege beschritten werden!“, stellte Eigenthaler fest. Zudem seien die Personalräte in der Ausübung ihrer Tätigkeit eingeschränkt, da oft technische Möglichkeiten fehlen.



➤ Johanna Mieder, die neue Vorsitzende der DSTG-Bundesfrauenvertretung

Nicht zuletzt leide auch die Ausbildung in den Finanzämtern und an den Schulen unter den gegebenen Bedingungen. Ziel muss es sein, den Nachwuchs auch im Onlineunterricht gut auszubilden und jedem alle Chancen zu eröffnen, ohne Abschlüsse „herzuschicken“. Auch das Thema „Ausbildung in Teilzeit“ müsse endlich angegangen werden, um qualifizierte Mütter und Väter für den Arbeitsmarkt zu gewinnen. Das könne mit digitalen Unterrichtsformen gelingen.

Eigenthaler betonte, dass die Arbeit der DSTG in der Pandemie mit vollem Engagement weitergelaufen sei. So habe er die DSTG beispielsweise auf Anhörungen im Finanzausschuss repräsentiert – zu wichtigen Themen wie dem Jahressteuergesetz, dem Corona-Steuerhilfe-Gesetz sowie der Erhöhung des Entlastungsbeitrages für Alleinerziehende

und der Pauschbeträge für Menschen mit Behinderungen.

Frauen bleiben am Ball

Auch die Frauenvertretung blieb trotz der Einschränkungen gewerkschaftspolitisch am Ball: Die Vorsitzende, Milanie Kreutz, berichtete, dass sie regelmäßig den Kontakt zu Politikerinnen gesucht habe und dass unter der Leitung der Bundesfrauenvertretung ein Seminar in Königswinter durchgeführt wurde.

Wie Kreutz schilderte, nutzte die Geschäftsführung sehr schnell die Möglichkeit, sich über Videokonferenzen auszutauschen, und war so auch für die Landesfrauenvertreterinnen erreichbar. Dabei war das Thema „Arbeiten in der Pandemie“ beherrschend. Da die Länder hier unterschiedliche Wege gegangen sind, ist der Austausch wichtig, um voneinander zu profitieren. Den Frauen werden daher regelmäßige Termine für einen Austausch per Videokonferenz angeboten, solange keine Präsenzveranstaltungen möglich sind.

Nachwahlen per Brief

Der wichtigste Tagesordnungspunkt dieser Sitzung waren schließlich die Nachwahlen zur Geschäftsführung. Die bisherige Vorsitzende, Milanie Kreutz, war im Juni 2020 zur Vorsitzenden der dbb bundesfrauenvertretung gewählt worden. Sie hatte daher im Vorfeld der Sitzung bekannt gegeben, dass sie ihr Amt bei den DSTG-Frauen aufgeben werde. Als einzige Kandidatin stand Johanna Mieder (Rheinland-Pfalz) zur Wahl. Da sie bisher bereits Stellvertreterin war, wurde ein weiterer Platz frei. Hierfür hatte sich als Kandidatin Manja

Kropp (Sachsen) zur Verfügung gestellt.

Die Wahlen wurden bereits im Vorfeld der Sitzung per Briefwahl durchgeführt. Beide Kandidatinnen konnten sich über eine 100-prozentige Zustimmung freuen.

Die neu gewählte Vorsitzende, Johanna Mieder, dankte ihren Wählerinnen für ihr Vertrauen und für das beeindruckende Wahlergebnis. Sie gratulierte auch Manja Kropp zu ihrer Wahl in die Geschäftsführung und sicherte ihr eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu. Besonderen Dank sprach Mieder ihrer Vorgängerin Milanie Kreutz aus, die die DSTG-Bundesfrauenvertretung viele Jahre lang mit großem Engagement geprägt habe.

„Ich freue mich auf die neue Aufgabe, die Herausforderung und insbesondere die Zusammenarbeit mit den Ländern und der Bundesleitung“, sagte Mieder. „Wir haben in der Vergangenheit viel erreicht und gerade bei den flexiblen, familienfreundlichen Arbeitsmodellen einen Riesensprung nach vorne gemacht. Aber wir sind noch lange nicht am Ende, wir haben noch viel zu tun!“ Ihren Schwerpunkt wolle sie darauf legen, die Digitalisierung voranzutreiben. Gerade die Corona-Krise zeige, dass viele Ämter nicht mit der entsprechenden Hardware ausgestattet seien.

Zudem will Mieder – auch in Zusammenarbeit mit der dbb bundesfrauenvertretung – das Thema Ehegattensplitting erneut aufgreifen und mit der Politik Gespräche über die Modernisierung der Familienbesteuerung führen.

Nicht zuletzt ist es Mieder wichtig, die Beurteilungskriterien und das Beurteilungsprozedere auf Gendertauglichkeit zu prüfen.

Ein virtueller Abschied

Zu einer Amtsübergabe gehört in Zeiten, die nicht durch Corona geprägt sind, eine Verabschiedung! Diese konnte aufgrund der Pandemie nicht auf die übliche Art und Weise stattfinden. Johanna Mieder war die Einzige, die sich persönlich bei Milanie Kreutz für ihr Engagement in den letzten achteinhalb Jahren bedanken konnte. Milanie Kreutz hatte die Geschäfte der DSTG-Bundesfrauenvertretung am Steuer-Gewerkschaftstag 2012 in Münster von Andrea Sauer-Schnieber übernommen.



Im Jahr 2012 übernahm Milanie Kreutz (erste Reihe, Dritte von links) den Vorsitz von Andrea Sauer-Schnieber (Vierte von links).

Milanie Kreutz hat die Arbeit der DSTG-Bundesfrauenvertretung sehr erfolgreich geführt. Ihr starkes und charmanantes Auftreten begeistert nicht nur Frauen, sondern

auch Männer. Das zeigte sich immer wieder auf den politischen Sitzungen, auf denen Kreutz eine mutige und starke Gesprächspartnerin war.

Nicht nur in der DSTG, auch in anderen Bereichen wie der SPD und dem dbb ist Kreutz stark engagiert. Die DSTG-Bundesfrauen freuen sich sehr, dass die DSTG eine so zielstrebige, selbstbewusste und erfolgreiche Frau hat!

Kreutz war und ist in der DSTG eine Frauenförderin: Sie ermutigte zahlreiche Frauen zum Engagement in der Frauenarbeit und unterstützte sie mit positivem Zuspruch. Für die moralische Unterstützung sind diese Frauen ihr bis heute dankbar.

Die DSTG-Bundesfrauenvertretung freut sich sehr, Milanie Kreutz in der nächsten Präsenzsitzung zu verabschieden – in der Hoffnung, dass eine Umarmung dann wieder zum gewohnten Ritual gehört. ■

Seit Monaten Lücken in der Führung des höchsten Steuergerichts Heftiges Gerangel um BFH-Präsidentenposten

Normalerweise wirkt der Bundesfinanzhof eher im Stillen. Aufsehen erregen allenfalls spektakuläre Urteile. Umso mehr lassen Schlagzeilen wie „Dem Bundesfinanzhof gehen die Richter aus“ (ntv am 23. Januar) oder „Richtermangel nach Querelen mit Ministerium“ (Die Welt vom 23. Januar) aufhorchen: Was ist los in München, im prachtvollen Gebäude an der Ismaninger Straße?

Am Bundesfinanzhof (BFH) fehlen seit Längerem vier der elf Vorsitzenden Richter. Zudem sind sowohl die Präsidenten- wie auch die Vizepräsidentenstelle beim BFH unbesetzt. Der frühere Präsident, Prof. Dr. h. c. Rudolf Mellinghoff, und seine damalige Stellvertreterin Christine Meßbacher-Hönsch sind bereits seit einigen Monaten im Ruhestand. Die an der Nachfolgerregelung beteiligten Stellen halten sich bedeckt oder reichen die Verantwortlichkeit für dieses Führungsdilemma an andere

weiter. Zwar hat der zuständige Richterwahlausschuss bereits Anfang Oktober eine Richterin und drei Richter neu gewählt. Doch können diese ihre Stellen nicht antreten, weil sie bislang nicht vom Bundespräsidenten ernannt wurden. Das Bundespräsidialamt erklärte dazu süffisant, dass ihm „derzeit“ keine Ernennungsvorschläge vorlägen und die „Vorbereitung der Ernennungsurkunden“ dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz obläge. Das zuständige Ministerium be-

gnügt sich mit dem lapidaren Hinweis auf ein „laufendes Auswahlverfahren“.

Dem Vernehmen nach hatte sich die Große Koalition zwar auf ein Spitzenduo verständigt. Danach soll ein CDU-naher Spitzenbeamter des NRW-Finanzministeriums Präsident werden, während auf den freien Vizeposten die Präsidentin des saarländischen Finanzgerichts, eine ehemalige SPD-Staatssekretärin, gehievt werden sollte. Beide Kandidaten waren jedoch noch nie an einem Bundesgericht tätig. Insbesondere aus der von Fachlichkeit geprägten Richterschaft des BFH kommen große Bedenken wegen einer „sehr stark politisch geprägten Karriere“ der beiden Kandidaten. Die fachliche Eignung gerate in den Hintergrund, so bilanzierte der stellvertretende Vorsitzende des Richtervereins am Bun-

desfinanzhof und verweist auf das grundgesetzliche Prinzip der Bestenauslese nach Art. 33 GG. Bewerbungen aus dem Haus für die beiden Chefpositionen sollen also bislang offenbar unberücksichtigt bleiben.

Und so liegen diese wichtigen Personalentscheidungen weiter auf Eis. Die am BFH tätige Richterschaft verweist zu Recht auf die erhebliche Mehrbelastung der übrigen Richterinnen und Richter. So dürfte auch mancher Vorgang einstweilen liegen bleiben. Diese Verzögerungen gingen aber zulasten der Rechtssuchenden, aber auch der betroffenen Finanzverwaltung, die auf rasche Klarheit in Streitfällen angewiesen ist. Die DSTG appelliert daher an alle Beteiligten, rasch eine verträgliche und vor allem fachkompetente Lösung zu finden. Ein solches Gezerre um Personen gibt einfach kein gutes Bild ab. ■

Verstärkte Zusammenarbeit mit der DATEV

DSTG positioniert sich in Podcast-Reihe des IT-Dienstleisters

Die DATEV mit dem Sitz in Nürnberg ist nicht nur – vereinfacht ausgedrückt – die IT der steuerberatenden Berufe sowie von Rechtsanwälten und Unternehmen. Das als Genossenschaft mit einer Satzung organisierte Unternehmen ist auch eines der größten Softwarehäuser Europas. Es wird von rund 40.000 Mitgliedern getragen und bietet mehr als 200 Softwareprodukte und IT-Dienstleistungen an. So erstellt sie monatlich etwa 13,5 Millionen Lohn- und Gehaltsabrechnungen. Im Jahr 2019 belegte das Unternehmen Platz 3 im Ranking der Anbieter von Business-Software in Deutschland.

Also Seriosität und Qualität! Dies sind bekanntlich auch die Markenzeichen der DSTG als Fachgewerkschaft. Es lag daher für die DSTG nahe, auf das Angebot der DATEV einzugehen, an Podcasts (siehe Infokasten) teilzunehmen. In bislang drei Ausgaben der DATEV-Podcastreihe wirkte der Bundesvorsitzende der DSTG, Thomas Eigenthaler, mit.

Den Auftakt machte im Dezember ein Podcast im Rahmen eines digitalen Adventskalenders zum Thema „Weihnachtsfrieden in den Finanzämtern“. Mit vorweihnachtlicher Erzählstimme erläuterte Eigenthaler mit anschaulichen Worten alle Elemente, die den Weihnachtsfrieden ausmachen. Übrigens eine Einrichtung, die manche Bundesländer schon seit Jahrzehnten „verordnen“, in anderen Bundesländern hingegen völlig unbekannt ist. Für alle, die davon noch nichts hörten: Es ist eine öffentlich angekündigte Karenzzeit, in der beispielsweise keine Mahnungen und keine Vollstreckungshandlungen erfolgen. Steuerbescheide ergeben dagegen sehr wohl.

Im Januar erschien die zweite Podcast-Folge: Aktuelles The-

ma war der Wegfall des Solidaritätszuschlages für rund 90 Prozent der Steuerzahler; weitere 6,5 Prozent entrichten ihn in reduzierter Form. Lediglich die hohen Einkommen müssen ihn weiterbezahlen; ferner auch die Kapitalgesellschaften. Zudem bleibt der Soli im Zusammenhang mit der Abgeltungssteuer und bei der Pauschalierung der Lohnsteuer für geringfügig Beschäftigte bestehen. „Sparringspartner“ des DSTG-Bundesvorsitzenden in diesem Podcast war die Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, die Nürnberger FDP-Bundestagsabgeordnete Katja Hessel. Sie ist nicht nur eine sehr bewanderte Finanzpolitikerin, sondern von Haus aus auch Rechtsanwältin und Steuerberaterin. Auf der Tagung des DSTG-Bundeshauptvorstandes Anfang Oktober 2020 hielt sie ein vielbeachtetes Referat und lobte dort die konstruktive Arbeit der DSTG.

Eigenthaler machte in diesem Beitrag deutlich, dass der „Soli“ zwar nie besonders viel Arbeit in den Finanzämtern gemacht habe, er diesen aber für „psychologisch verbraucht“ halte und im Namen der DSTG für dessen Abschaffung votiert

habe. Andererseits halte er den Soli – entgegen der Ansicht von MdB Hessel und der FDP-Bundestagsfraktion – nicht für verfassungswidrig. Auch die aktuelle verbleibende Zahlungspflicht für rund 3,5 Prozent der Steuerzahler als Bezieher hoher Einkommen sei für eine Übergangszeit vertretbar. Er gehe zudem davon aus, dass man nach der Bundestagswahl 2021 ohnehin zu einer abschließenden Lösung kommen werde. MdB Hessel verwies darauf, dass die FDP wegen des Soli eine „Sprung-Verfassungsbeschwerde“ zum Bundesverfassungsgericht eingereicht habe. An deren Zulässigkeit dürften aber – so die Expertise der DSTG – erhebliche Zweifel bestehen.

Aufschlag Nummer drei: Anfang Februar wurde der dritte Podcast mit dem DSTG-Bundesvorsitzenden der Öffentlichkeit präsentiert. Inhaltlich ging es um die Arbeitssituation in den Finanzämtern während der Pandemie und um das Pendant dazu auf Steuerberaterseite. Mit dem DSTG-Chef diskutierte die erfahrene

Steuerberaterin Anna-Maria Neumair aus Landsberg am Lech. In konstruktiver Weise wurden Erfahrungen ausgetauscht und um gegenseitiges Verständnis geworben. Eigenthaler betonte, dass auf die deutsche Finanzverwaltung im Krisenjahr 2020 stets Verlass gewesen sei, auch wenn diese vor schweren Herausforderungen und Belastungen gestanden habe. In den meisten Fällen – so Eigenthaler – hätten jedoch Dienststellenleitungen und vorgesetzte Behörden einerseits und die Mitarbeiterschaft und Personalvertretungen andererseits an einem Strang gezogen, um das Schiff Finanzverwaltung auf Kurs zu halten. Das konstruktive und disziplinierte Vorgehen der Finanzämter lobte auch die Steuerberaterin.

Drei Podcasts für die DATEV bedeuten drei gute Gelegenheiten, um die hervorragende und unverzichtbare Arbeit der Finanzverwaltung und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Öffentlichkeit vorzustellen!

> Was ist ein Podcast?

Ein Podcast ist eine Serie von Audio- oder Videodateien im Internet. Meistens kann man sie kostenlos abonnieren, um regelmäßig einer bestimmten Person oder einem bestimmten Thema zu folgen. Anders als Nachrichtensendungen haben Podcasts keine festen Sendezeiten; sie werden anlassbezogen aufgenommen.

Das englische Wort „podcast“ setzt sich zusammen aus den Wörtern „Broadcast“ (Sendung) und „pod“ (Gondel) wie in „iPod“, dem tragbaren Audioplayer von Apple, auf dem das Medium zum ersten Mal breite Verwendung fand.

Seit rund fünf Jahren werden regelmäßig Podcasts produziert und vor allem mit Smartphones angehört oder angesehen. Podcasts wurden von Jahr zu Jahr populärer, weil sich Smartphones mit hoher Geschwindigkeit verbreiten und einzelne Podcasts wie „Gemischtes Hack“ oder „Fest & Flauschig“ sehr erfolgreich sind.

Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich die Nutzung von Podcasts nochmals erhöht. So erfreut sich „Das Coronavirus-Update“ mit dem Virologen Christian Drosten großer Beliebtheit.

Einer Studie der Forschungsgruppe Goldmedia zufolge hören und sehen 10,4 Millionen Deutsche regelmäßig Podcasts, vor allem die jüngere Generation zwischen 14 und 29 Jahren.



Nachgefragt bei Thomas Wagner

Thomas Wagner (57) ist Vorsitzender des Bezirksverbandes Nordbayern der bfg. Der Oberfranke ist zudem Vorsitzender des Bezirkspersonalrats beim Landesamt für Steuern in Nürnberg und Mitglied des Hauptpersonalrates beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. In der Freizeit reist er gerne, sammelt Schallplatten, besucht Konzerte, kocht gerne und ist bemüht, den Auswirkungen des Kochens mit ausgedehnten Radtouren gegenzusteuern. Sein Lieblingsmotto ist aus einem Song von James Taylor: „Never give up, never slow down, never grow old and never ever die young.“



DSTG MAGAZIN: Du bist seit 1980 in der Finanzverwaltung. Wie kam es dazu?

Thomas Wagner: Spätestens seit Anfang der 1980er-Jahre gehörte die Arbeitslosigkeit zu den großen sozialen Problemen in Deutschland. Der Staat nahm damals nur die besten Schulabgängerinnen und -abgänger. Dass ich aufs Gymnasium gehe und studiere, kam für meine Eltern nicht infrage. Nachdem ich beim staatlichen Auswahlverfahren eine entsprechende Platzziffer erreicht hatte, nahm ich ohne Zögern das Ausbildungsangebot an, zumal die Anwärterbezüge sehr attraktiv waren. Dass es die Steuerverwaltung war, spielte eine untergeordnete Rolle. Aber ich dachte mir, dass es ja kaum schlecht sein kann, wenn man in der Lage ist, die eigene Steuererklärung auszufüllen.

Was hat dich dazu bewogen, in die DSTG einzutreten?

Ich bin wenige Tage nach der Einstellung in die bfg eingetreten. Nachdem eigentlich fast alle in der bfg waren, wollten wir als Neue natürlich auch dazugehören. Darüber hinaus war ich aber schon damals davon überzeugt, dass Beschäftigte sich organisieren müssen, wenn sie etwas erreichen wollen.

Die DSTG ist eine Fachgewerkschaft. Was verbindest du mit diesem Begriff?

Vor vielen Jahren habe ich als Beschäftigter an einer Personalversammlung teilgenommen. Die bfg wurde bei dieser Versammlung durch Dieter Ondracek vertreten. Ich war damals noch nicht aktiv in der Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit, und er war bfg-Bezirks- und BPR-Vorsitzender. Ich war nachhaltig beeindruckt, wie nah dieser Gewerkschafter und Personalrat an den Kolleginnen und Kollegen war. Er sprach eine deutliche Sprache, war angstfrei und ein echter Kümmerer. Das prägt mein Verständnis für die Gewerkschaftsarbeit bis heute.

Wie sieht für dich moderne Gewerkschaftsarbeit aus?

Es geht darum, nah an den Kolleginnen und Kollegen zu sein. Deren Anliegen und Bedürfnisse haben sich in den letzten Jahren jedoch massiv verändert. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat beispielsweise eine extrem hohe Bedeutung für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen. Solche Veränderungen müssen wir aufnehmen. Aber auch die Informations- und Kommunikationswege entwickeln sich permanent weiter. Wir müssen auf den neuen Kommunika-

tionskanälen vertreten sein. Aber wir dürfen auch die traditionelle Mitgliederversammlung nicht vernachlässigen.

Welche Veränderungen siehst du auf die Finanzverwaltung zukommen?

„The Times They Are A-Changin“ ist der Titel einer der bekanntesten Songs von Bob Dylan. In dem Song geht es natürlich nicht um die Steuerverwaltung, sondern um gesellschaftspolitische Veränderungen. Mit Steuern wird Politik gemacht. Das allein schon führt dazu, dass wir uns ständig weiterentwickeln werden. Und dann haben auch Entwicklungen wie die Digitalisierung massiven Einfluss auf unseren Arbeitsplatz. Aber auch die Corona-Pandemie wird unsere Verwaltung nachhaltig verändern. In Bayern ist es uns in kürzester Zeit gelungen, große Teile der Arbeit ins Homeoffice zu verlagern. Und es funktioniert. Das wird massive Auswirkungen darauf haben, wo und wie wir in Zukunft arbeiten werden.

Was bedeutet die DSTG für dich?

„Einer muss den Job ja machen“, singt Udo Lindenberg. Ich bin jemand, dem es Spaß macht, Verantwortung zu übernehmen und der etwas verän-

dern will. Das ging schon in der Schule los. Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit ist so was wie ein Traumjob für mich. Ich sehe in der Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit einen immer wichtigeren gesellschaftlichen Faktor. Mit unserer Arbeit für die Kolleginnen und Kollegen tragen wir zum Funktionieren unserer Gesellschaft und unseres Staates bei. Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit ist auch Demokratiarbeit. Das ist in Zeiten von Fake News, Verschwörungstheorien und politischen Brunnenvergiftungen sehr wichtig.

Wenn du einen Wunsch frei hättest: Was würdest du dir für die Finanzverwaltung wünschen?

Dass auch in Zukunft Beschäftigte die Entscheidung treffen, sich für ihre Kolleginnen und Kollegen zu engagieren.

Und zum Schluss: Welchen Tipp gibst du jungen Menschen in der Finanzverwaltung?

Natürlich auf alle Fälle in die bfg beziehungsweise in die DSTG eintreten! Neugierig und optimistisch bleiben, sich den jugendlichen Elan erhalten und sich immer vor Augen halten, dass wir mit unserer Arbeit die finanzielle Grundlage unseres Staates sichern. Darauf dürfen wir stolz sein!

Tauschecke

Sie möchten Ihren Dienort wechseln und haben einen Antrag auf Versetzung in ein anderes Bundesland gestellt? Wenn Sie dazu eine Tauschpartnerin oder einen Tauschpartner suchen, unterstützt Sie Ihre DSTG gerne: Wir veröffentlichen eine Suchanzeige in der „Tauschecke“ des DSTG MAGAZINS. Dieser Service gilt für DSTG-Mitglieder und ist kostenlos. Bitte informieren Sie uns unter stg-verlag@dstg.de, wenn Sie erfolgreich waren, damit wir Ihre Anzeige wieder löschen können und die „Tauschecke“ aktuell bleibt!

StOI (A 10 g. D.) aus Thüringen sucht Tauschpartner(in) aus Mecklenburg-Vorpommern. Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0172 6558624 o. webghausen@gmx.de

StI'in (A 9) aus Hessen (FA Wiesbaden) sucht Tauschpartner(in) aus NRW, bevorzugt Münster und Umgebung (50 km). Tel.: 0176 47123612

StH's'in (A 8) aus NRW (FA Detmold) sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner(in) aus Baden-Württemberg (bevorzugt FA Heidelberg) oder Südhessen. Versetzungsantrag ist noch nicht gestellt. Tel.: 0176 56973197

StI'in (A 9 g. D.) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner(in) aus Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern. rengersarah97@aol.de

AR'in (A 12) aus Hessen (FA Frankfurt) sucht Tauschpartner(in) aus Bayern, bevorzugt FA Nürnberg, Erlangen oder Fürth. Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0151 50508205

StI'in (A 9) aus NRW (FA Bielefeld-Innenstadt) sucht dringend aus persönlichen Gründen Tauschpartner(in) aus Berlin. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. nrw.berlin.tausch@gmail.com

StI (A 9 g. D.) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner(in) aus Bremen. Ringtausch ist ggf. möglich. Versetzungsantrag läuft seit 12/2018. Tel.: 0160 2457201

STAR'in (A 12) aus Baden-Württemberg (FA Freiburg) sucht Tauschpartner(in) aus Hamburg. Ich bin mit meinem Mann und unseren beiden kleinen Kindern vom Fuße des Schwarzwaldes in den hohen Norden gezogen und suche dringend eine(n) Tauschpartner(in). Tel.: 0176 22776211 o. khillers@gmx.de

StS'in (A 6) aus NRW (FA Warendorf) sucht Tauschpartner(in) aus Berlin (FA egal). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0170 8703787 o. beardy99@gmx.de

StS (A 6 m. D.) aus Hamburg sucht dringend aus privaten Gründen Tauschpartner(in) aus Bremen oder Niedersachsen. Ringtausch möglich. Bitte melden unter: TauschhausHH@web.de

StAF (A 11) aus Hessen sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Baden-Württemberg oder Bayern. Tel.: 0178 1960697 o. beamtin-bw@outlook.de

StS (A 6) aus Hessen (FA Frankfurt V) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt aus persönlichen bzw. familiären Gründen eine(n) Tauschpartner(in) aus NRW (bevorzugt FA Euskirchen, Bonn, Schleiden, Köln o. Bonn). Versetzungsantrag wurde gestellt. Tel.: 01512 5592430 o. andy1891@t-online.de

StS (A 6 m. D.) aus Sachsen (FA Leipzig II) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner(in) aus Sachsen-Anhalt (nur FA Wittenberg). Versetzungsantrag ist gestellt. Ringtausch möglich. Tel.: 0176 22544845

AR'in (A 12) aus Hessen (FA Gießen) sucht Tauschpartner(in) aus Rheinland-Pfalz, bevorzugt FA Kaiserslautern oder Kusel-Landstuhl. Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0171 5230447

StI'in (A 9 g. D.) aus Hamburg sucht zeitnah Tauschpartner(in) aus Schleswig-Holstein (FA Neumünster, Bad Segeberg, Kiel). Tel.: 0172 9513962

StS'in (A 6 m. D.) aus NRW (FA Bielefeld-Innenstadt) sucht dringend Tauschpartner(in) aus dem Raum HH, um in die Nähe ihres Verlobten zu ziehen. Versetzungsantrag ist noch nicht gestellt. Tel.: 0176 32015835

StOI (A 10) aus Baden-Württemberg (FA Stuttgart) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner(in) aus Bayern (bevorzugt FA München). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 98535217

StOI'in (A 10) aus Berlin sucht aus familiären Gründen zum nächstmöglichen Termin Tauschpartner(in) aus Brandenburg, bevorzugt Frankfurt (Oder). Versetzungsantrag ist gestellt, Ringtausch möglich. susannasache@web.de

StS (A 6 m. D.) aus Thüringen (FA Jena) sucht dringend aus privaten und familiären Gründen Tauschpartner(in) aus NRW (Raum Köln). Versetzungsantrag wurde noch nicht gestellt. Tel.: 0174 7860705 o. sasha.oak@yahoo.com

StH's'in (A 8 m. D.) aus Hamburg sucht Tauschpartner(in) aus Niedersachsen (FA Cloppenburg, Vechta, Delmenhorst, Oldenburg, Quakenbrück). Versetzungsantrag wurde gestellt. cktime@web.de

StS'in (A 6 m. D.) aus dem Saarland sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Bayern (Raum Nürnberg). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 32656232

StOS (A 7) aus Hamburg sucht schnellstmöglich Tauschpartner(in) aus Hessen. Tel.: 0172 5258512

StOI (A 10 g. D.) aus Niedersachsen sucht Tauschpartner(in) aus Nordrhein-Westfalen. Versetzungsantrag wurde bereits im Juni 2018 gestellt. VersetzungNRW@gmx.de

StI (A 9) aus NRW sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner(in) aus Bayern (München u. Umgebung). Ringtausch ist möglich. Tel.: 0172 3947124

StI'in (A 9) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Schleswig-Holstein (bevorzugt FA Lübeck, Stormarn, Bad Segeberg). Tel.: 0176 62635370

StI (A 9 g. D.) aus NRW sucht Tauschpartner(in) aus Bayern (München u. Umgebung). Ringtausch möglich. Tel.: 0175 3620685

StI'in aus Baden-Württemberg (FA Ulm) sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Bayern (Kempten, Immenstadt, Memmingen, Füssen, Kaufbeuren). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0151 59841488

StI (A 9 g. D.) aus Baden-Württemberg sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Niedersachsen bzw. den angrenzenden Bundesländern. tauschpartn-nr-DSTG@gmx.de

StOS (A 7) aus HH sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner(in) aus S-H. Bevorzugte FA: Plön, Oldenburg i. H., Lübeck. Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0173 7175452

StOI'in (A 10 g. D.) aus NRW (FA Gütersloh) sucht dringend aus persönlichen Gründen Tauschpartner(in) aus Sachsen-Anhalt (bevorzugt FA Stendal, Magdeburg). Versetzungsantrag ist gestellt, Ringtausch ggf. möglich. Tel.: 0172 9519642

StS'in (m. D.) aus Baden-Württemberg (FA Stuttgart) sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Bayern (bevorzugt FA München). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 62471915

StOI'in (A 10) aus Bremen sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner(in) aus NRW (bevorzugt Raum Dortmund/Bochum). Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Ringtausch möglich. Tel.: 01520 2015231 o. irinaeisele@gmail.com

StAI (A 9 m. D.) aus Hessen (FA Frankfurt IV) sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Berlin (bevorzugt FA Treptow-Köpenick, Friedrichshain-Kreuzberg) o. Brandenburg (bevorzugt FA Königs Wusterhausen, Potsdam). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 47644636

Finanzanwärterin (m. D.) aus Baden-Württemberg (FA HN) sucht aus familiären Gründen dringend zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner(in) aus Niedersachsen (bevorzugt FA Delmenhorst, Oldenburg). Ringtausch möglich. Versetzungsantrag wird gestellt. Tel.: 0176 43933060 o. rahima1996@hotmail.de

StAF (A 11) aus Hessen (FA Frankfurt am Main) sucht Tauschpartner(in) aus Baden-Württemberg (bevorzugt FA Öhringen, Mosbach). Ringtausch möglich. Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 56707732

StHS (A 8 m. D.) aus Brandenburg sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Thüringen (bevorzugt FA Altenburg, Gera, Jena). Versetzungsantrag ist gestellt. Ringtausch möglich. Tel.: 0162 9338332 o. sven.kasper76@web.de

StOS (A 7) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus den Finanzämtern Elmshorn o. Pinneberg. franziska.kuehn87@web.de

StI (A 9 g. D.) aus Hessen (FA Frankfurt I) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner(in) aus Brandenburg o. Sachsen. Versetzungsantrag ist gestellt. Ringtausch möglich. Tel.: 0175 5924450

StOI'in (A 10) aus Hessen (FA Frankfurt) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner(in) aus Thüringen (bevorzugt FA Jena, Weimar, Erfurt), Sachsen (FA Leipzig) o. Sachsen-Anhalt (FA Naumburg, Merseburg). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 61072921

StI'in (A 9) aus NRW (OFD Münster) sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Sachsen-Anhalt (bevorzugt FA Quedlinburg, Staßfurt, Eisleben). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0151 55332570 o. sibi1ann1@web.de

StHS (A 8) aus Hessen (Rhein-Main-Gebiet) sucht dringend Tauschpartner(in) in Thüringen (bevorzugt FA Suhl, Sonneberg, Ilmenau, Erfurt) o. Bayern (bevorzugt FA Bad Neustadt, Schweinfurt, Bad Kissingen, Zeil, Ebern). Versetzungsanträge wurden gestellt. Ringtausch möglich. Tel.: 0177 5436686

SH (A 9 m. D.) aus Hessen (FA Hofheim) sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner(in) aus Sachsen-Anhalt (bevorzugt FA Magdeburg, FA Haldensleben o. Umgebung) o. Niedersachsen (FA Braunschweig o. FA Helmstedt). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 78575872

StH's'in (A 8) macht Nägel mit Köpfen u. sucht Tauschpartner(in) aus NRW (insbesondere FA St. Augustin, Siegburg, Bonn, Gummersbach) u. freut sich, wenn ihr unter andreakrone@yahoo.de Kontakt aufnehmt.

StAF aus Hessen (OFD Frankfurt) sucht Tauschpartner(in) aus Schleswig-Holstein, Ringtausch möglich. Tel.: 0162 4681028

StH's'in (A 8) aus Hessen (FA Kassel 1) sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner(in) aus Brandenburg (Cottbus, Calau) o. Niederbayern (Grafenau, Zwiesel, Deggendorf). Versetzungsanträge sind gestellt. Tel.: 0152 33914623

Impressum

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. Telefon: 030.206256-600. Telefax: 030.206256-601. E-Mail: dstg-bund@t-online.de. Internet: www.dstg.de. V.i.S.d.P.: Thomas Eigenthaler. Redaktion: Rafael Zender, Elke Brumm. Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. Telefon: 030.206256-650. Telefax: 030.206256-601. E-Mail: stg-verlag@dstg.de. Titelfoto: Hendel/Bundesfinanzministerium. Anzeigenverwaltung DSTG MAGAZIN: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. Telefon: 030.206256-650. Telefax: 030.206256-601. E-Mail: stg-verlag@dstg.de. Anzeigenpreisliste 27 gültig ab 1. September 2019. Nachdruck honorarfrei gestattet. Bezugsbedingungen: Das DSTG MAGAZIN erscheint zweimal jährlich. Der Bezugspreis ist für DSTG-Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG MAGAZIN regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“. Einem Teil der Ausgabe liegt neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“ bei. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar.

Herausgeber der dbb-seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors –, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. Telefon: 030.4081-40. Telefax: 030.4081-5598. Internet: www.dbb.de. E-Mail: magazin@dbb.de. Leitende Redakteurin: Christine Bonath (cri). Redaktion: Jan Brenner (br). Redaktionschluss am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Verlag: DBB Verlag GmbH. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40. Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacyber@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigenposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 62 (dbb magazin), gültig ab 1.10.2020. Druckauflage: dbb magazin 571 338 Exemplare (IVW 4/2020). Anzeigenschluss: 6 Wochen vor Erscheinen. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. Layout: Dominik Allartz. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. ISSN 0178-207X